

Handelsblatt (8.5.2013)	Die Welt (24.5.2013)	EU ProSun (22.5.2013)	Neue Energie (6 / 2013)
<p><u>„Schlecht für die europäische Wirtschaft“</u> (Stefan Kaufmann, Auszug)</p>	<p><u>„China erpresst EU-Staaten“</u> Solar-Lobbyist Nitzschke verteidigt die Strafzölle gegen chinesische Importe (Daniel Wetzel, Auszug)</p>	<p><u>PwC erwartet positive Beschäftigungseffekte für die europäische Solarindustrie</u> (Presseinformation, Auszug)</p>	<p>Kehrtwende im Solarstreit (Sascha Rentzing)</p>
<p>Die EU plant Anti-Dumping-Zölle auf chinesische Solarpanels. Lothar Harings, Experte für Außenhandelsrecht, hält wenig von diesem Eingriff in den Wettbewerb – zumal es unterm Strich viel mehr Verlierer als Gewinner gebe.</p>	<p>Deutsche Solar-Unternehmen haben in den vergangenen Monaten reihenweise Insolvenz angemeldet. Gegen die Konkurrenz billiger Solarmodule aus chinesischer Massenfertigung kamen die hiesigen Produzenten nicht an.</p>		<p>Angeführt von Deutschland, begehren die Mitglieder der Europäischen Union gegen die Kommission auf: Die Mehrheit lehnt Antidumping-Zölle auf chinesische Solarmodule ab.</p>
<p>Düsseldorf. China ist der weltweit größte Hersteller von Solarpanels. Die Produktion wurde stark ausgebaut, das Angebot der chinesischen Hersteller liegt inzwischen über der weltweiten Nachfrage. Das macht den deutschen Solar-Firmen schwer zu schaffen. Im erbitterten Preiskampf mit der chinesischen Konkurrenz hatten europäische Firmen wie die angeschlagene Solarworld Beschwerde bei der EU-Kommission eingereicht. Nun hat die Kommission mehreren Berichten zufolge grünes Licht für Strafzölle auf chinesische Solarpanels gegeben. Über diese Entscheidung sprach Handelsblatt Online mit Lothar Harings, Experte für Außenhandelsrecht bei der Wirtschaftskanzlei Graf von Westphalen. Der Anwalt, der auch Leiter der Hamburger Zollakademie ist, steht auf Seiten der importierenden Industrie.</p>	<p>Die vom Solarworld-Manager Milan Nitzschke geleitete Hersteller-Initiative "EuProSun" geht von Dumping aus und setzt sich deshalb in Washington und Brüssel für Strafzölle auf billige chinesische Solartechnik-Importe ein. Die USA haben bereits Handelsbarrieren errichtet. Anfang Juni will auch die EU-Kommission entscheiden, ob sie vorläufige Strafzölle gegen chinesische Billiganbieter erhebt. Der Außenhandelsverband BGA und andere Industrievertreter fürchten, dass dies zu einem Handelskrieg mit China ausarten könnte. Die Auseinandersetzung wird bereits auf höchster politischer Ebene geführt: Am Wochenende will Chinas Ministerpräsident Li Keqiang auf seinem Staatsbesuch in Berlin mit Bundeskanzlerin Angela Merkel auch über den Solarstreit sprechen. Es geht um ein Importvolumen von 21 Milliarden Euro pro Jahr. Im Gespräch mit der "Welt" verteidigt EuProSun-Präsident Milan Nitzschke die geplanten Strafzölle gegen Kritik.</p>		<p>Chinas Regierung setzt große Hoffnung auf Bundeskanzlerin Angela Merkel. Sie soll die Eurokrise meistern; chinesische Investitionen in Europa schützen und den Streit über ein Antidumping-Verfahren der Europäischen Union gegen chinesische Solarfirmen beilegen. Im letzten Punkt steht Merkel kurz vor einem Erfolg. Auf ihre Initiative sprach sich jetzt die Mehrheit der EU-Mitgliedsstaaten gegen die Pläne der EU-Kommission aus, Strafzölle auf chinesische Solarmodule zu erheben. Damit ist eine gütliche Einigung mit China doch noch wahrscheinlich geworden. Eigentlich hatte EU-Handelsminister Karel De Gucht bereits für diesen Juni Sanktionen gegen die Asiaten beschlossen. Über die Mehrheit der Mitglieder kann sich die Kommission jedoch nicht hinwegsetzen.</p>
	<p>DIE WELT: Selbst wenn die EU im Juni vorläufige Zölle auf chinesische</p>		<p>Deutschland wolle keine Strafzölle, sondern eine Verhandlungslösung, sagte</p>

Handelsblatt (8.5.2013)	Die Welt (24.5.2013)	EU ProSun (22.5.2013)	Neue Energie (6 / 2013)
	<p>Solarprodukte erhebt: Käme der Schutz europäischer Hersteller nicht viel zu spät?</p>		<p>Merkel beim Deutschlandbesuch des chinesischen Premiers Li Keqiang Ende Mai. Für die initiative EU Prosun, zu der sich 25 europäische Solarunternehmen unter der Führung von Solarworld zusammengeschlossen haben, nimmt der Solarstreit mit China damit kurz vor dem Ziel eine unerfreuliche Wendung. Sie reichte im vorigen Jahr Antidumping-Beschwerde bei der EU gegen Chinas Solarindustrie ein und kämpft für Sanktionen gegen die Asiaten (neue energie 12/2012).</p>
	<p>Milan Nitzschke: China dumpst im Solarbereich seit drei Jahren und das hat uns bis heute schon allein 30 Insolvenzen und Werksschließungen in Deutschland und 60 in Europa gekostet. Trotzdem kommen die Maßnahmen nicht zu spät, aber sie kommen in allerletzter Minute für all diejenigen, die hier noch produzieren. Und das sind immerhin die nach wie vor technologisch führenden Unternehmen in der Solarbranche.</p>		<p>„China dumpst im Solarbereich seit drei Jahren, und das hat uns bis heute schon allein 30 Insolvenzen und Werksschließungen in Deutschland und 60 in Europa gekostet“, sagt Solarworld-Manager und Prosun-Präsident Milan Nitzschke. Dennoch würden EU-Maßnahmen nicht zu spät kommen. „Nach wie vor produzieren in Europa die technologisch führenden Unternehmen in der Solarbranche.</p>
	<p>Für wie viele Unternehmen spricht EuProSun noch?</p>		
	<p>Wir haben damit angefangen, ein Viertel der europäischen Solarproduktion zu repräsentieren. Heute vertritt EuProSun die Interessen von rund 40 Solarherstellern und damit der großen Mehrheit der europäischen Industrie.</p>		
	<p>Welche Bedeutung hätten vorläufig aufgestellte Handelsbarrieren gegen China auf die Verhandlungen mit den Gläubigern Ihres eigenen Unternehmens, Solarworld?</p>		

Handelsblatt (8.5.2013)	Die Welt (24.5.2013)	EU ProSun (22.5.2013)	Neue Energie (6 / 2013)
	<p>Die Einführung von Antidumpingzöllen in Europa führt dazu, dass wir wieder ein Level-Playing-Field – fairen Wettbewerb – bekommen. Das wird jedem Hersteller in Europa helfen, denn dann kann er seine Stärken auf dem Markt wieder ausspielen und muss nicht fürchten, von chinesischen Dumpingpreisen ausgebootet zu werden.</p>	<p>Milan Nitzschke, Präsident von EU ProSun: "Der Vorschlag der EU-Kommission ist geeignet, wieder fairen Wettbewerb herzustellen. Würde die EU stattdessen nicht handeln, hätte ein chinesisches Monopol verheerende Konsequenzen für europäische Solarhersteller, Zulieferer und Kunden. Über 80 Prozent Marktanteil hat sich China mit Dumpingpreisen schon gesichert. Die deutsche Solarindustrie hat das chinesische Dumping alleine in den letzten zwei Jahren 10.000 Jobs und 30 Insolvenzen und Werksschließungen gekostet."</p>	<p>Die Einführung von Antidumping-Zöllen würde dafür sorgen, dass wir wieder fairen Wettbewerb bekommen", so Nitzschke.</p>
		<p>Die neue PwC-Studie beleuchtet den europäischen Photovoltaikmarkt und zeigt insbesondere wesentliche methodische und inhaltliche Schwächen der von Herstellern und Importeuren chinesischer Solarmodule beauftragten Prognos-Studie auf.</p>	<p>Während Prosuns Hoffnung auf Zölle schwindet, dürften die Chinesen aufatmen. In den Vereinigten Staaten, einem der größten Absatzmärkte für Solarmodule, werden sie bereits für ihr Handelsgebarren bestraft. Washington erhebt seit über einem Jahr gepfefferte Strafzölle von bis zu 250 Prozent auf chinesische Solarware.</p>
		<p>Gestützt von den jüngsten Entwicklungen in den USA, wo zuletzt ein Marktwachstum von 143 Prozent gegenüber dem Vorjahresquartal gemessen wurde, obwohl die Importe von chinesischen Modulen mit und ohne chinesische Zellen um rund 70 Prozent zurückgegangen sind, und den Ergebnissen des PwC-Reports geht EU ProSun davon aus, dass mit der Verhängung von Antidumpingzöllen die ruinöse Abwärts spirale im europäischen Solarmarkt gestoppt wird. Entsprechend wird die</p>	<p>Die China-Importe sind daraufhin nach einer aktuellen Studie des Beratungsunternehmens PricewaterhouseCoopers (PWC) um 70 Prozent gesunken. Die gleiche Entwicklung würde den Chinesen in Europa drohen, ihrem wichtigsten Absatzmarkt. In den vergangenen fünf Jahren haben sie ihren Marktanteil hier auf 80 Prozent verfünffacht. 2012 lag der Wert der in die EU importierten China-Module bei 21 Milliarden Euro. Laut EU-Kommission ist es das größte Antidumping-Verfahren, das sie je</p>

Handelsblatt (8.5.2013)	Die Welt (24.5.2013)	EU ProSun (22.5.2013)	Neue Energie (6 / 2013)
		Beschäftigtenzahl in Europa wieder ansteigen und der Markt nachhaltig wachsen können.	eingeleitet hat.
		Der Autor der PwC-Studie, Dr. Wolfgang Nothelfer , sagt: "Die Prognos-Studie ist widersprüchlich und enthält zahlreiche methodische und inhaltliche Schwächen. Ende 2012 wurden in den USA endgültig Zölle auf chinesische Photovoltaikprodukte verhängt. Vergleichbar mit Europa wurde auch in den USA vorab eine Studie zu möglichen Arbeitplatzeffekten erstellt, die von einem dramatischen Nachfragerückgang und zahlreichen Arbeitsplatzverlusten ausging. Fakt ist aber: Nach Verhängung der Zölle stieg die Nachfrage an und rund 14.000 neue Arbeitsplätze wurden in den Vereinigten Staaten im Solarbereich geschaffen. Man sollte solchen alarmierenden Studien nicht vertrauen, wenn sie sich auf vage Daten und fragwürdige Annahmen stützen. Stattdessen ist eher anzunehmen, dass Antidumpingzölle in Europa positive Auswirkungen auf die Beschäftigung in Europa haben werden. "	In den Vereinigten Staaten entspannt sich derzeit die Lage für die US-Solarbranche: Der dortige Photovoltaikmarkt wuchs nach dem PWC-Report im ersten Quartal 2013 um 143 Prozent gegenüber dem Vorjahr. 14 000 Arbeitsplätze sind seit Einführung der Zölle in der US-Solarbranche neu entstanden. Auch Europa hätte gute Chancen auf neue Solarjobs , sagt PWC-Analyst Wolfgang Nothelfer . Mir der Verhängung von Antidumping-Zöllen würde die ruinöse Abwärtsspirale im europäischen Solarmarkt gestoppt.
Handelsblatt Online: Die EU-Kommission will Strafzölle auf chinesische Solarpanels einführen. Was halten Sie grundsätzlich von solchen Anti-Dumping-Maßnahmen?			
Lothar Harings: „Ich sehe Anti-Dumping-Zölle sehr skeptisch, da sie immer einen Eingriff in den Wettbewerb darstellen. Insgesamt wirken sie sich meines Erachtens negativ auf die europäische Wirtschaft aus. “			Die meisten Experten sehen jedoch in den nun angestrebten Verhandlungen die bessere Lösung des Solarkonflikts. So glaubt Lothar Harings, Experte für Außenhandelsrecht der Hamburger Kanzlei Graf von Westphalen, dass es bei

Handelsblatt (8.5.2013)	Die Welt (24.5.2013)	EU ProSun (22.5.2013)	Neue Energie (6 / 2013)
			Strafzöllen unter dem Strich mehr Verlierer als Gewinner gibt.
Warum? Soll diese nicht gerade durch die Zölle geschützt werden?			
<p>„Es gibt natürlich einige produzierende Unternehmen, die durch die Zölle vor chinesischer Konkurrenz geschützt werden und somit profitieren. Die vielen anderen Unternehmen aus der Solarbranche und auch die Verbraucher werden jedoch unter Preissteigerungen leiden. Das gilt für Firmen aus der Solarbranche, die Produkte in China fertigen lassen, aber auch für solche, die chinesische Produkte verwenden und in Europa weiterverarbeiten; dass dort durch Antidumpingmaßnahmen Arbeitsplätze gefährdet werden, wird häufig übersehen.“</p>			<p>„Es gibt natürlich einige produzierende Unternehmen, die durch die Zölle vor chinesischer Konkurrenz geschützt und somit profitieren würden. Die vielen anderen Unternehmen aus der Solarbranche und auch die Verbraucher würden jedoch unter Preissteigerungen leiden.“ Das gelte für Firmen, die Produkte in China fertigen lassen, aber auch für solche, die chinesische Produkte verwenden und in Europa weiterverarbeiten. „Dass Antidumping-Maßnahmen Arbeitsplätze gefährden, wird häufig übersehen“, erklärt Haring.</p>
<p>[...]</p>		<p>Die Europäische Kommission stellt an ökonomische Sachverständigengutachten Anforderungen, die von der Prognos-Studie laut PwC nicht erfüllt werden. Prognos hat selbst als Mitautor an einer Studie mitgewirkt, die für 2012 insgesamt 87.800 direkte und indirekte Solararbeitsplätze in Deutschland sieht. Die jetzt veröffentlichte Prognos-Studie gibt jedoch an, dass aufgrund von Zöllen bis zu 98.000 Arbeitsplätze verloren gehen würden - 10.000 Arbeitsplätze mehr als überhaupt existieren. Und das, obwohl der Markt in Deutschland selbst im worst-case-Szenario der Prognos-Autoren nur auf das Volumen zurückgehen würde, das die Bundesregierung selbst als Zielkorridor für Deutschland festgelegt hat.</p>	<p>Das bestätigt auch eine vom Forschungsinstitut Prognos bereits im Februar vorgestellte Studie. Je nach Höhe der Strafzölle konnten innerhalb von drei Jahren allein in Deutschland bis zu 84 700 Stellen wegfallen.</p>

Handelsblatt (8.5.2013)	Die Welt (24.5.2013)	EU ProSun (22.5.2013)	Neue Energie (6 / 2013)
<p>Wird China dagegen vorgehen?</p> <p>„Die EU hat geprüft, ob die Preisbildung der Exporteure marktwirtschaftliche Kriterien erfüllt. Wir sprechen von Dumping, wenn der Ausfuhrpreis aus dem Exportland unter dem Normalwert, sprich in der Regel dem Verkaufspreis im Herkunftsland, liegt. Die Kommission ist vorläufig zu dem Schluss gekommen, dass die Verhängung eines Antidumping-Zolls gerechtfertigt ist. Die betroffenen Importeure werden dagegen sicher klagen. Ob China bei der Welthandelsorganisation ein Verfahren einleitet, bleibt abzuwarten. Das Welthandelsrecht lässt Anti-Dumping-Zölle zu, untersagt jedoch willkürliche Handelshemmnisse.“</p>			<p>Sanktionen könnten weitere negative Folgen haben. Haring zufolge wäre das Risiko groß, dass sie Wettbewerbsbeschränkungen auf chinesischer Seite nach sich ziehen. Das Einlenken der EU-Mitglieder dürfte China beschwichtigen und den befürchteten Handelskrieg vermeiden. Der Exportverband der chinesischen Elektroindustrie hatte unmittelbar vor Li Keqiangs Deutschlandbesuch erklärt, China sei bereit, über freiwillige Mindestpreise für Solarimporte zu sprechen. Es gibt offenbar eine Verhandlungsbasis.</p>